

**Sri-Bintang Pamungkas wegen 'Subversion' verhaftet**

Der indonesische Systemkritiker Sri-Bintang Pamungkas wurde am 5. März 1997 zusammen mit zwei weiteren Vertretern der neugegründeten Oppositionspartei PUDI (Partai Uni Demokrasi Indonesia) in Haft genommen.

Neben dem Parteivorsitzenden, Sri-Bintang Pamungkas, wurden sein Vize, Julius Usman, sowie der Generalsekretär der Partei, Saleh Abdullah verhaftet. Gegen alle drei soll Anklage nach dem heftig umstrittenen Subversionsgesetz erhoben werden, wie dem Watch Indonesia! vorliegenden Haftbefehl zu entnehmen ist. Das Subversionsgesetz schränkt die Rechte eines Angeklagten auf ein absolutes Minimum ein. Als Höchststrafe droht die Todesstrafe.

Die Existenz von PUDI ist auch nach indonesischem Rechtsverständnis nicht illegal, solange die Partei sich nicht an Wahlen beteiligen möchte. PUDI hat stets betont, bei den am 29. Mai bevorstehenden Wahlen nicht antreten zu wollen. Im Gegenteil hat sich die Partei mehrfach dagegen ausgesprochen, unter den geltenden undemokratischen Bedingungen überhaupt Wahlen durchzuführen. Das indonesische Wahlrecht gestattet nur der Regierungspartei Golkar sowie den beiden Blockparteien PPP (Vereinigte Entwicklungspartei) und PDI (Demokratische Partei), sich dem Wählervotum zu stellen. Der Wahlprozeß ist

gekennzeichnet von umfangreichen Manipulationen, angefangen von der gewaltsamen Entmachtung der PDI-Vorsitzenden Megawati Soekarnoputri seitens der Regierung und des Militärs bis hin zu massiven Restriktionen bezüglich der Wahlkampfaktivitäten der beiden kleinen Parteien.

Unter dem Eindruck der schweren Unruhen stehend, die seit einigen Monaten Indonesien erschüttern, hielt Staatspräsident Suharto diese Woche eine vielbeachtete Rede, in der er androhte, alle diejenigen, die versuchten, ihn mit nichtverfassungsgemäßen Mitteln seines Amtes zu entheben, zu 'zerschmettern'. Die Rede folgte unmittelbar im

Anschluß an eine Reise Suhartos nach Burma, Kambodscha und Laos, die den Beitritt dieser drei Staaten zum ASEAN-Verbund vorbereiten sollte. Bei dieser Gelegenheit hatte Suharto Verständnis für das Verhalten der burmesischen Regierung gegenüber der Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyii geäußert und zahlreiche Kooperationsverträge mit dem Militärregime in Rangun abgeschlossen.

Mit der Verhaftung von Sri-Bintang Pamungkas, Julius Usman und Saleh Abdullah machte das Regime deutlich, daß Suhartos Ankündigung ernst zu nehmen ist.

Es wird vermutet, daß sich die Anklage auf eine Reihe von Schriftstücken stützen wird, in denen PUDI seine politische Programmatik umrissen hat. Hierzu zählen u.a. das Parteiprogramm und ein jüngst vollendeter Entwurf zur Neugestaltung der Verfassung. Zahlreiche führende Mitglieder einer weiteren neugegründeten Oppositionspartei, der PRD (Volksdemokratische Partei), sowie der Gewerkschaftsführer Muchtar Pakpahan müssen sich bereits seit August vor Gericht verantworten. Sie wurden ebenfalls wegen Subversion angeklagt, da sie es gewagt hatten, in konstruktiver Weise Kritik an der Regierung zu üben, indem sie ihre politischen Leitgedanken in detaillierter Form zu Papier gebracht hatten.

Wegen einer Rede an der Technischen Universität Berlin im April 1995 wurde Sri-Bintang Pamungkas in zwei Instanzen zu 34 Monaten Haft verurteilt, nachdem sich zunächst gegen ihn erhobene Beschuldigungen, 'Drahtzieher' der Anti-Suharto-Demonstration in Dresden gewesen zu sein, als unhaltbar erwiesen hatten. Der weltweiten Aufmerksamkeit, die diesem Fall entgegengebracht wurde, war es zu verdanken, daß Sri-Bintang Pamungkas seine Strafe bislang nicht antreten mußte, da ein abschließendes Urteil durch den Obersten Gerichtshof (Mahkamah Agung) noch aussteht.

Mit der nun erhobenen neuerlichen Anklage versucht das

**Chronologie der Unruhen im Jahr 1996/1997**

**12.3. Timika (Irian Jaya):** 3000 Demonstranten greifen die Verwaltungsgebäude des Bergbau-Konzerns Freeport an. Dabei kommen drei Bewohner Timikas ums Leben, und Firmengebäude und Arbeiterunterkünften werden zerstört.

**24.4. Ujung Pandang (Süd-Sulawesi):** Drei Studenten werden getötet und weitere schwerverletzt, als die Armee mit Panzern gegen Demonstranten vorgeht, die gegen die Erhöhung der Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr protestieren.

**27.7. Jakarta:** Anlässlich der Erstürmung des Hauptquartiers der PDI durch Armee-Einheiten kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen Anhängern der PDI-Vorsitzenden Megawati Sukarnoputri und Sicherheitskräften. Die Zahl der Toten wird von der Nationalen Menschenrechtskommission mit fünf angegeben. Andere Quellen sprechen von mindestens 50.

**10.10. Situbondo (Ost-Java):** Fünf Menschen kommen ums Leben, als eine aufgebrachte - und offensichtlich provozierte Menge - das Landgerichtsgebäude sowie 25 Kirchen niederbrennt. Anlaß der Unruhen war die zu geringe Strafe, die gegen einen jungen Mann verhängt worden war, der sich wegen Blasphemie verantworten mußte.

**26.12. Tasikmalaya (West-Java):** Tausende gehen in Tasikmalaya auf die Straße, weil drei muslimische Lehrer in einer Polizeiwache mißhandelt wurden. Dabei werden 14 Polizeistationen, 13 Kirchen, 89 andere Gebäude, vier Fabriken und zahlreiche Gebäude zerstört. Mindestens 173 Personen werden verhaftet.

**30.12. Sanggau Ledo (West-Kalimantan):** Mindestens neun Menschen kommen in Zusammenstößen zwischen Dayaks und maduresischen Transmigranten zu Tode. 21 Personen werden noch vermißt. Außerdem werden 200 Häuser und Läden geplündert und niedergebrannt. In den darauffolgenden Wochen kommt es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen den Dayaks auf der einen und Maduresen bzw. Armeeeinheiten auf der anderen Seite. Die Meldung über die Todesopfer variieren zwischen 300 und 2000.

**27.1. Jakarta:** Bei Unruhen von mehreren Hundert Straßenhändlern am Markt von Tanah Abang im Zentrum Jakartas werden ein Regierungsgebäude und mehre Autos zerstört. Anlaß war die polizeiliche Anordnung, die Verkaufsstände zu verlegen, da sie die Straße blockierten.

**30.1. Rengasdengklok (West-Java):** Vier Kirchen, zwei buddhistische Tempel, zwanzig Autos sowie etwa siebzig weitere Gebäude werden in einem Aufruhr niedergebrannt bzw. zerstört, der sich an den Klagen eines chinesischen Bewohners über den frühmorgentlichen Lärm in den benachbarten Moschee entzündet.

**31.1. Bandung (West-Java):** In der Nähe der Provinzhauptstadt protestieren etwa 12.000 Fabrikarbeiter für eine Gehaltszulage zum Ende des Fastenmonats Ramadan. Im Gefolge der Demonstrationen werden fünf Bürogebäude, acht Fabriken, vier Lagerhäuser, eine Arbeiterkantine, 68 Lastwagen und Werksbusse sowie sechzig Fahrräder beschädigt bzw. verbrannt.

*vgl. ASIET-News und eigene Quellen*

Regime, den Fall zu einer stige Fragen von ausländischen Politikern zu vermeiden. Indonesiens zu machen, um lä- *watch indonesia 6.3.97*

**Goldrausch in Kalimantan**

Nach monatelangen Verhandlungen sind die "claims" in Busang (Ost-Kalimantan), einer der reichsten Goldadern der Welt, mit überraschendem Ergebnis abgesteckt. Das Vorkommen wird zur Zeit auf 70,95 Mio. Unzen mit einem gegenwärtigen Wert von 380 US-Dollar/Unze geschätzt. Als Vermittler und stiller Gewinner in diesem Deal wird der Suharto-Vertraute Bob Hasan angesehen, der nach dem Tod der Präsidentengattin im vergangenen Jahr zunehmend die Rolle des Finanzberaters der Präsidentenfamilie bekommen hat. Sein Engagement war auch deshalb wichtig, weil zwei Präsidentenkinder über Verbindungen zu unterschiedlichen Bewerbern um die Schürfrechte in dieser Auseinandersetzung verwickelt waren. Neben der kleinen kanadischen Firma Bre-X (45 Prozent), die 1993 das Lager entdeckt und sich Unterstützung von Suhartos Sohn Sigit Harjojudanto gesichert hatte, sind der bereits in Irian Jaya tätige Konzern Freeport (15 Prozent) sowie zwei indonesische Firmen (30 Prozent) und die indonesische Regierung (zehn Prozent) an der zu gründenden Betreibergesellschaft beteiligt. Bre-X trat in Verhandlungen mit der ebenfalls in Kanada ansässigen

Firma Barricks bezüglich der Ausbeutung des anfänglich auf 30 Mio. Unzen geschätzten Goldvorkommens ein. Barricks konnte seinerseits die Präsidententochter Siti Hardijanti Rukmana als Partnerin ge-



**Goldmine Busang**

aus: FK v. 27.1.1997, S. 82

winnen. Im Dezember 1996 gab die indonesische Regierung bekannt, die beiden Unternehmen hätten sich geeinigt, eine Aktiengesellschaft mit Anteilen von 22,5 Prozent (Bre-X) und 67,5 Prozent (Barricks) und zehn Prozent (Republik Indonesien) zu gründen. Im Januar trat der indonesische Unternehmer Jusuf Merukh, der ebenfalls Interessen in Busang besitzt, mit Schadensersatzforderungen an Bre-X heran, weil Bre-X nur mit Hilfe von Merukhs Informationen die Ex-

plorationen habe durchführen können. Im Januar wurden Gerüchte laut, der Holzbaron Bob Hasan habe 50 Prozent der Aktien von Pt Askatindo Karya Minerals, der Firma von Sigit Harjojudanto, übernommen, die als lokaler Partner von Bre-X aufgetreten war.

Wenige Tage später stellte die Regierung in Jakarta den beiden kanadischen Firmen ein Ultimatum, ihre Streitigkeiten mit den lokalen Partnern zu klären, und drohte, einen neuen Investor zu suchen. Der war dann Mitte Februar auch bereits gefunden. Bob Hasan handelte als Vertreter indonesischer Interessen mit Bre-X und Freeport ein Memorandum aus, das Grundlage der nun gefundenen Teilungsformel ist. Neben der indonesischen Regierung treten die Firmen PT Askatindo und PT

Amsya Lina auf, die beide teilweise im Besitz von Nusantara Ampera Bakti (NUSAMBA) sind, die von Sigit Harjojudanto und Bob Hasan kontrolliert werden und ebenfalls Anteile an Freeport Indonesia besitzen.

Freeport, das anfänglich völlig unbeteiligt war, wird durch seine Anteile an Busang zum größten Steuerzahler Indonesiens. Das Unternehmen liegt jedoch wegen seiner Unternehmenspolitik in Irian Jaya, wo es eine Kupfermine betreibt, seit einigen Jahren unter Dauerbeschuß von Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen. Erst vor wenigen Monaten hatte die Regierung in Jakarta beschlossen in Timika eine Garnison zum Schutz der Mine einzurichten. Bob Hasan ist es nicht nur gelungen, den indonesischen Anteil an den Gewinnen aus Busang von ursprünglich 10 Prozent auf nun 35 Prozent zu steigern. Es ist ihm vor allem gelungen, seine eigenen Profitmöglichkeiten wesentlich zu erhöhen. Durch den Erfolg seiner Vermittlung, in dieser von Bergbau- und Finanzexperten argwöhnisch verfolgten Hängepartie um die Schürfrechte, dürfte sein Einfluß in Wirtschaftskreisen Jarkartas und als Vertrauter des Präsidenten noch gewachsen sein.

vgl. Kompas Online 19.2.1997, FEER 27.2.1997:53f

**Amien Rais zurückgetreten**

Amien Rais, einer der führenden Persönlichkeiten der islamischen Intellektuellenorganisation ICMI und Vorsitzender eines Expertengremiums dieser Organisation, ist von seinem Amt aus persönlichen Gründen zurückgetreten. Amien Rais, zugleich Generalsekretär der modernistischen islamischen Organisation Muhammadiyah, führte zu hohe Arbeitsbelastung beider Spitzenämter als Grund für seinen Rücktritt an. Der Rücktritt hat Spekulationen darüber ausgelöst, ob er wirklich freiwillig vollzogen wurde, weil Amien Rais vor wenigen Wochen in einem Interview scharfe Kritik an der Regierung und insbesondere am Geschäftsgebaren im Zusammenhang mit den Goldminen in Busang und der Firma Freeport geübt hatte. Er hatte der Regierung

einen Ausverkauf nationaler Güter und damit einen Verstoß gegen die Verfassung vorgeworfen. Darüberhinaus beklagte er die soziale Ungerechtigkeit im Land, die Ursache für die gewaltsamen Unruhen der vergangenen Wochen und Monate gewesen sei. Amien stellte damit indirekt die Meinung der Regierung über eine erfolgreiche Entwicklungspolitik in Frage. Sowohl Regierungspolitiker als auch Vertreter von ICMI, allen voran ihr Vorsitzender B.J. Habibie dementierten allerdings sofort jeglichen politischen Hintergrund des Rücktritts oder gar eine Einflußnahme des Präsidentenpalastes.

vgl. indones. Tagespresse und eigene Quellen

**Familie Suharto eine der reichsten Asiens**

Nach Berichten der Zeitung *The Australian* nimmt die Familie Suharto den neunten

Platz auf der Liste der reichsten Familien in Asien ein. Ihr Vermögen wird auf ca 6,3 Mrd. US-Dollar geschätzt. Das Vermögen der indonesischen Präsidentenfamilie setzt sich aus den Reichtümern der Kinder und Enkel des alternen Suharto zusammen, die ihr Kapital in Unternehmen unterschiedlicher Branchen haben: Telekommunikation, Transport, Energie, Öl, Chemie, Immobilien und Einzelhandel. Neben ihren weitreichenden wirtschaftlichen Aktivitäten (siehe auch den Bericht über Busang) sind die Kinder auch politisch aktiv und stehen fast alle auf der Kandidaturliste der regierenden GOLKAR-Gruppe für die im Mai anstehenden Parlamentswahlen.

Die jüngsten Projekte der Suharto-Kinder lassen vermuten, daß die Familie bald noch weiter auf der Reichtumsleiter klettern wird. Bambang Trihatmojo plant, Be-

richten der *Asia Times* (20.12.1996) zufolge, mit seinem Bimantara-Konzern außerhalb von Jakarta auf einer Fläche von 15.000 ha eine neue Stadt aus dem Boden zu stampfen. Hinzu kommen weitere 15.000 ha für Waldgebiete, Safariparks und landwirtschaftliche Flächen. Das Projekt hat einen Umfang von 4,25 Mrd. US-Dollar und ist auf einen Zeitraum von 25 Jahren angelegt. Die Schwester Titi Hardijanti ist mit ihren Unternehmen an der Errichtung des neuen Flughafens in Kuala Lumpur und einer Autobahn in Manila beteiligt. Aus der dritten Generation werden ebenfalls ehrgeizige Projekte gemeldet, Ari Haryo Sigit, Sohn von Sigit Harjojudanto, hat Pläne für eine Brücke, die die Südspitze Sumatras mit Java verbinden soll.

vgl. indones. Tagespresse und eigene Quellen

**Vizekonsul setzt indonesischen Studenten in Berlin unter Druck**

Dem in Berlin lebenden indonesischen Studenten Iwan Setiabudi, 24, droht die kalte Ausbürgerung durch den Berliner Vizekonsul Oberstleutnant (Letkol) Aryono. Aryono ist gleichzeitig der ranghöchste Geheimdienstler im Berliner Konsulat. Iwan zog den Zorn des Vizekonsuls auf sich, als er Anfang letzten Jahres als Entlastungszeuge im Fall gegen den verfolgten Dissidenten Sri-Bintang Pamungkas aufgetreten war. Aryono war damals maßgeblich daran beteiligt, daß Anklage gegen Sri-Bintang erhoben wurde. Aryono war es auch, der zuvor vier Belastungszeugen mitsamt der im Gericht verwendeten manipulierten Tonbandmitschnitte von Sri-Bintangs Rede auf ihren Einsatz im Gericht von Jakarta vorbereitet hatte.

Als Iwan Setiabudi Anfang Februar in der Paßabteilung des indonesischen Generalkonsulats in Berlin vorstellig wurde, um fristgerecht seinen Reisepaß verlängern zu lassen, sah es zunächst nach einer Routineangelegenheit aus. Iwan wurde gebeten, vier Paßbilder nachzureichen und sich am nächsten Tag wieder zu melden.

Doch dann hieß es plötzlich, bevor er seinen Paß erhalten könne, wünsche der Vizekonsul, Letkol Aryono, ihn zu sprechen. Da Aryono keinen Termin mehr frei hatte, wurde Iwan auf einen neuen Termin ein paar Tage später vertröstet. Schließlich begann

Aryono das 'Gespräch' sehr 'unindonesisch' mit direkten Vorwürfen an Iwan: "Was willst Du denn hier?" "Meinen Paß verlängern." "Ooooh, den brauchst Du noch? (...) Wie sieht es aus, gibt es schon Pläne, wieder ein Seminar zu veranstalten?"

Mit der Frage spielte Aryono auf ein Seminar zum Thema 'Wahlen in Indonesien' an, das im Dezember von der indonesischen Studentenvereinigung PPI, in der Iwan Setiabudi als Vorstandsmitglied vertreten ist, veranstaltet wurde. Die PPI hatte u.a. hochrangige Vertreter der sich zur Wahl stellenden Parteien eingeladen. Sowohl die Vereinigte Entwicklungspartei (PPP) als auch die Demokratische Partei (PDI) entsandten ihre Generalsekretäre, nur die Regierungspartei GOLKAR wollte keinen Vertreter nach Berlin schicken. Stattdessen hatte sich in maßloser Selbstüberschätzung seiner Position und seiner Redegewandtheit Letkol Aryono angeboten, auf dem Podium die Haltung der Regierung darzulegen - ein Angebot, das von der PPI dankend abgelehnt wurde.

"Warum beantragst Du nicht einfach bei Watch Indonesia! oder Amnesty International einen Paß?", setzte Aryono das 'Gespräch' fort. Auch diese Frage sollte eine Anspielung auf das 'Sündenregister' Iwans sein. Anfang August hatte Iwan an einer Demonstration vor dem Berliner Generalkonsulat teilgenommen,

zu der Watch Indonesia! anlässlich der Ereignisse vom 27. Juli in Jakarta und des daraufhin erlassenen Schießbefehls gegen Demonstranten aufgerufen hatte.

Letztlich wurde Iwan gebeten, eine Woche später wieder zu erscheinen. "Wir müssen noch ein paar Fragebögen ausfüllen", hieß es. Diese Fragebögen, die weder einen offiziellen Briefkopf noch ein Aktenzeichen trugen, enthielten etliche Fragen zu Iwans politischen Aktivitäten, die in keinerlei Zusammenhang zu seinem Anliegen nach Verlängerung seines Reisepasses standen. Iwan weigerte sich, dieses "Verhör" über sich ergehen zu lassen. "Andere Leute bekommen ihren Paß auch ohne Verhör", meinte er mit Verweis auf den Grundsatz der Gleichbehandlung. Iwan bestand darauf, zumindest eine Kopie der Fragen und Antworten ausgehändigt zu bekommen, was aber kategorisch abgelehnt wurde.

Inzwischen hat der Fall weitere Kreise gezogen. In Indonesien erfuhr Sri-Bintang Pamungkas von dem Fall, der umgehend Briefe an Letkol Aryono, die Botschaft in Bonn und das Außenministerium in Jakarta schrieb. Sri-Bintang wertet die Einschüchterung Iwans als einen weiteren Versuch der Behörden, seinen eigenen Fall in Mißkredit zu bringen. In dem Gefühl, für seinen Entlastungszeugen in der Verantwortung zu stehen, trug Sri-Bintang Pamungkas den Fall inzwischen auch an die nationale Menschenrechtskommission KOMNAS

HAM heran. Anlässlich dessen berichteten am 25. Februar mehrere indonesische Tageszeitungen über die seltsamen Kriterien zur Verlängerung von Reisepässen im Berliner Konsulat.

Dabei ist Iwan Setiabudi in Wirklichkeit kein Einzelfall - er ist nur der erste von vielen Fällen, der in dieser Ausführlichkeit von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Unter den im Ausland lebenden IndonesierInnen ist der Entzug des Reisepasses - der einer kalten Ausbürgerung gleichkommt - ein wohlbekanntes Druckmittel der Botschaften und Konsulate auf unangepaßte oder mißliebige indonesische Staatsbürger. Allen hier lebenden IndonesierInnen sind Beispiele von Leuten bekannt, die nicht mehr nach Hause zurückkehren können, weil ihnen der Paß entzogen wurde. Und alle verstehen die unausgesprochene Warnung, wenn jemand seinen Paß anstatt der üblichen fünf Jahre nur um ein Jahr oder gar nur um drei Monate verlängert bekommt.

Das System der Einschüchterung funktioniert bestens - die meisten Indonesier im Ausland haben mehr Angst, frei ihre Meinung zu äußern als in Indonesien selbst. Denn das Risiko in der Verbannung leben zu müssen ist für die meisten schlimmer zu ertragen als das Risiko, zu Hause vielleicht ins Gefängnis zu kommen.

*watch Indonesia 6.3.97*

**Mindestlöhne**

Durch Erlaß des Arbeitsministers Abdul Latief sind die Mindestlöhne in allen 27 Provinzen des Landes um 10,07 Prozent angehoben worden. Der Lohn soll es den Arbeitern ermöglichen, so der Arbeitsminister, den täglichen Kalorienbedarf von 3000 kcal zu 95,32 Prozent zu decken (gegenüber 92,49 Prozent in 1996). In Jakarta steigt der monatliche Mindestlohn damit von 156.000 (=68 US-Dollar) auf 172.000 Rp. Am niedrigsten liegt der Mindestlohn immer noch in Yogyakarta mit 96.000 (106.000 Rp). Die Mindestlöhne sind nach Latief seit 1993 um 123,6 Prozent

gesteigert worden. Unternehmen, die nicht in der Lage sind, die Lohnsteigerungen zu bezahlen, können von der Mindestlohnregelung befreit werden.

*vgl. Indones. Tagespresse und eigene Quellen*

**Zeitungen wechselten Besitzer**

Zwei englischsprachige Zeitungen in Jakarta, die in den vergangenen Jahren eine unscheinbare Existenz geführt haben, sind in den vergangenen Wochen von neuen Eigentümern übernommen worden. The Indonesian Observer, der vor 50 Jahren vom B.M. Diah, dem Herausgeber der Zeitung

*Merdeka* gegründet wurde, wurde von dem Unternehmer Peter Gontha gekauft, der enge Kontakte zu Bambang Trihatmojo unterhält und Eigentümer der größten privaten Fernsehgesellschaft RCTI ist. Die Übernahme wird allgemein als der Versuch der herrschenden Klasse angesehen, sich ein internationales Sprachrohr zu verschaffen, nachdem die bislang einzige einflußreiche englischsprachige Zeitung *Jakarta Post* aus der katholisch dominierten Gramedia-Gruppe, in den vergangenen Jahren eine zunehmend kritische Berichterstattung gepflegt hat. Ähnliche Motive werden der Übernahme der *Indonesia*

*Times* durch die *Republika-Gruppe* unterstellt, die von den modernistischen Muslimen um den Forschungsminister Habibie und seiner islamischen Intellektuellenorganisation ICMI kontrolliert wird. Nachdem dieser Gruppe vor zwei Jahren mit der eigenen Tageszeitung *Republika* auf den indonesischsprachigen Markt gekommen war, ist die Übernahme der *Times* wohl der Versuch dem gewachsenen Selbstvertrauen und dem Machtanspruch bestimmter islamischer Gruppen in Indonesien auch nach außen hin eine Stimme zu verleihen.

*vgl. Indones. Tagespresse und eigene Quellen*